

Zander, Margherita

Soziale Arbeit und Armut - ein Interview

Der pädagogische Blick 15 (2007) 2, S. 82-88



Quellenangabe/ Reference:

Zander, Margherita: Soziale Arbeit und Armut - ein Interview - In: Der pädagogische Blick 15 (2007) 2, S. 82-88 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-95305 - DOI: 10.25656/01:9530

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-95305>

<https://doi.org/10.25656/01:9530>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Der pädagogische Blick

Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis
in pädagogischen Berufen

15. Jahrgang 2007 / Heft 2

Editorial 67

Thema:

Grenzen pädagogischen Handelns

Michael Winkler

Pädagogik und die Kollateralschäden der Moderne –

Ein Essay mit überraschendem Ausgang 68

Margherita Zander

Soziale Arbeit und Armut – Ein Interview 82

Kirsten Schlegel-Matthies

Vermittlung von Konsum- und Finanzkompetenzen für Kinder und

Jugendliche – Möglichkeiten und Grenzen pädagogischen Handelns . 89

Aktueller Beitrag

Julia Rothenberg

„Gesundheitsangebote“ in einer Volkshochschule: „... und unsere

Kunden kriegen das auf Rezept.“ 97

Aus der Disziplin

Konsekutiv und inter-/national in Erwachsenen-/Weiterbildung

profiliert: der Start der Bachelor- und der Master-Studiengänge im

Fachbereich Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen

(Anne Schlüter) 111

Aus der Profession

Der pädagogische Blick auf dem Beratungs- und Therapiemarkt:

Das professionspolitische Kolloquium des BV-Päd. e. V.

(Thorsten Bührmann, Monika Kil, Annette Manz) 116

BV-Päd. Intern

Mitgliederversammlung des BV-Päd. e. V. (*Sabine Ruttkowski*) 120

Rezensionen

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (Hrsg.): ProfilPASS –
Gelernt ist gelernt. Dokumentation eigener Kompetenzen und
des persönlichen Bildungswegs (*Kathleen Neumann*) 123

Tatjana R. Frey: Personalentwicklung in Unternehmen –
Ein Arbeitsfeld für Erwachsenenpädagogen. (*Thorsten Bührmann*) 125

Infobörse 127

Margherita Zander

Soziale Arbeit und Armut – ein Interview

In diesem Interview geht es um Ergebnisse aus der Resilienzforschung und die Konsequenzen, die daraus politisch und fachlich zu ziehen sind. Am Beispiel dieser Thematik wird sehr gut deutlich, wo es Grenzen pädagogischen Handelns geben muss, d.h. was politisches und nicht pädagogisches „Geschäft“ ist, aber auch, welche Hilfsmöglichkeiten es für die Betroffenen geben kann. Deutlich angesprochen wird auch, dass die Profession sehr wohl aufpassen muss, politisch nicht vereinbart zu werden: Indem man den Fokus auf die Stärkung der Individuen legt, besteht die Gefahr, dass Armut als gesellschaftliches Problem, welches eine politische Lösung verlangt, zunehmend aus dem Blick gerät. Für den Pädagogischen Blick führte Hilmar Peter das Interview.

HP: Frau Zander, Sie haben mehrere Forschungsarbeiten zum Thema Kindheit und Armut durchgeführt. Sie bereiten gerade eine Publikation zur Resilienzförderung im Armutskontext vor. Wer war Auftraggeber für die Forschungsarbeiten und was war das Forschungsziel?

MZ: Ich war an zwei dreijährigen Forschungsprojekten zu Auswirkungen und kindlichen Bewältigungsstrategien von Armut beteiligt, zunächst an einem Projekt in Jena und im Saale Holzlandkreis (zusammen mit dem Kollegen Prof. Karl August Chassé). Dieses Projekt wurde vom Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur gefördert und Ende 2000 abgeschlossen. Im Anschluss daran habe ich ein ähnliches Projekt in Münster und Westmünsterland durchgeführt, im Rahmen eines Forschungsverbundes „Kindheit und Armut in NRW“, der vom Ministerium für Schule, Weiterbildung und Forschung des Landes NRW finanziert wurde.

Die beiden Projekte, deren Ergebnisse auch publiziert sind, verfolgten vor allem das Ziel, die Perspektive der betroffenen Kinder zu erforschen, d.h. wir wollten in Erfahrung bringen, wie Kinder im Grundschulalter Armut wahrnehmen, deuten und bewältigen. Wir haben deshalb die Kinder selbst in qualitativen Befragungen (mit einem Set von kinderfreundlichen Befragungsmethoden) zu Worte kommen lassen und in ergänzenden Gesprächen mit den Eltern die familiären Rahmenbedingungen abgeglichen.

HP: Wenn man das Thema Armut im Kontext Sozialer Arbeit behandelt, muss man eine Vorstellung davon haben, was Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang leisten soll ...

MZ: Soziale Arbeit hat eine lange Tradition mit Fürsorge und Armut, ja sie ist Ende des 19. Jahrhunderts in diesem Kontext entstanden, gemeinsam mit der öffentlichen kommunalen Fürsorge zu einem Zeitpunkt, als die „sozialen Primärverbände“ nicht mehr in der Lage waren, Armutfolgen aufzufangen. Dabei hat sich schon sehr früh eine Zweiteilung von Fürsorge für Erwachsene (Sozi-

alarbeit) und Fürsorge für Kinder und Jugendliche (Sozialpädagogik) herausgebildet. In beiden Bereichen war Soziale Arbeit als „helfende und kontrollierende Profession“ beteiligt. Diese Zweiteilung haben wir heute überwunden und bezogen auf die Armutproblematik von Kindern wird zurecht betont, dass Soziale Arbeit nicht nur die Kinder im Blick haben darf, sondern auch die Eltern, d.h. dass das nähere und weitere soziale Umfeld der Kinder in entsprechende Arbeitskonzepte miteinbezogen werden müssen.

Bevor wir darüber sprechen, was Soziale Arbeit heute im Armutskontext zu leisten vermag, gilt es m.E. eine Differenzierung hinsichtlich der aktuellen Erscheinungsformen von Armut vorzunehmen. Einerseits haben wir es nach wie vor mit dem bekannten Phänomen der „sozial vererbten Armut“ zu tun, die sozialräumlich meist in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ der Städte zu verorten ist und Familien betrifft, die in der Regel dem Jugendamt bekannt sind und häufig auch vom Allgemeinen Sozialen Dienst – meist in Form der Sozialpädagogischen Familienhilfe – betreut werden. Dies ist aber nur eine Form von Armut, der eher sichtbare und wahrgenommene „harte Kern“, mit dem die Kinder- und Jugendhilfe schon immer befasst war.

Aktuell hat die Kinderarmutproblematik in der bundesrepublikanischen Gesellschaft jedoch neue quantitative und qualitative Dimensionen angenommen. Hatten wir bereits seit den 1980er Jahren einen kontinuierlich ansteigenden Trend, so ist davon auszugehen, dass die materielle Verarmung mit der Umsetzung von Hartz IV weitere Kreise ziehen wird und dass dadurch insbesondere Familien mit Kindern betroffen sein werden. Dabei handelt es sich zum einen um Verarmungsprozesse, die in den Familien – systemisch betrachtet – nicht nur materielle Knappheit, sondern auch spezifische psychosoziale Prozesse und Rollenverschiebungen auslösen können. Zum anderen haben wir es hierbei eher mit Armutslagen zu tun, die nach außen zunächst wenig(er) auffällig sind, was nicht zuletzt auf das häufige Bestreben dieser Familien zurückzuführen ist, die materielle Knappheit nach außen zu verbergen und möglichst „Normalität“ aufrecht zu erhalten. In dieses Bestreben werden auch die Kinder eingebunden bzw. sie entwickeln auf Grund der gesellschaftlich negativen Konnotation von Armut selbst derartige Bewältigungsmuster. Inzwischen ist die Armut von Kindern in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen wohl auch in den Grundschulen angekommen, die sich lange Zeit – sofern es sich nicht um sogenannte Brennpunktschulen handelte – schwer damit getan haben, sich dieser sozialen Realität zu stellen. Neben anderen auffälligen Anzeichen wie die Nichtteilnahme an Klassenfahrten oder die mangelhafte Ausstattung mit Schulmaterialien wird die materielle Armutproblematik in Ganztagschulen wohl zunehmend dadurch sichtbar, dass Kinder das Geld für das Mittagessen nicht beibringen können. Tatsache ist, dass wir es mit neuen Armutformen zu tun haben, mit spezifischen Ausprägungen von Dauer und Art der Betroffenheit, mit einem anderen Spektrum von Bewältigungsmustern, die auch neue Antworten der Pädagogik und der Sozialen Arbeit erfordern.

HP: Welche Konsequenzen für die Soziale Arbeit und für Politik würden Sie aus diesen Erkenntnissen ziehen?

MZ: Grundsätzlich ist Soziale Arbeit – vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse – dazu aufgefordert, ihre Rolle und Möglichkeiten im Armutskontext neu zu überdenken. War sie bisher vor allem mit sogenannter „alter Armut“ befasst, d.h. mit Fallarbeit im Rahmen

von Sozialpädagogischer Familienhilfe und in gemeinwesenorientierter Stadtteilarbeit in benachteiligten Stadtgebieten, ist sie nun aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, mit denen sie diesen neuen Armutsformen begegnen kann. Das heißt, auch Angebote in anderen Stadtteilen, in Schulen, Horten und in der Kinder- und Jugendarbeit zu konzipieren, die der Problematik von neuen Verarmungsprozessen, der eher „unsichtbaren Armut“, gerecht werden. Dies erfordert jedoch nicht nur ein konzeptionelles Umdenken, sondern auch politisches Handeln, weil die Politik auf kommunaler Ebene erst die finanziellen Rahmenbedingungen dafür bereit stellen müsste und eine entsprechende sozialpädagogische Infrastruktur fördern müsste.

HP: Was kann Soziale Arbeit, bezogen auf Kinderarmut, leisten?

MZ: Es wird in erster Linie immer darum gehen, die Kinder in der Bewältigung ihrer Lebenslage zu unterstützen, einen Ausgleich für ihren eingeschränkten Zugang zu Ressourcen zu ermöglichen, d.h. kompensierend zu agieren. Dabei geht es auch, aber nicht nur um materielle Ressourcen, die die Grundversorgung von Kindern betreffen wie z.B. ein nahrhaftes Essensangebot oder witterungsgemäße Kleidung usw.; sicherlich wären diesbezüglich mehr nicht-stigmatisierende Angebote erforderlich (z.B. in Schulen und in offenen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe). Daneben braucht es Angebote, die diesen Kindern Zugang zu Ressourcen ermöglichen, die sie bei ihrer altersgemäßen Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unterstützen und fördern.

HP: Welche Unterstützungsformen könnten das sein?

MZ: Ich nenne nur einige wesentliche Aspekte: Kinder in Armutslagen sind gegenüber anderen Kindern in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Neigungen, in ihrer räumlichen Mobilität und in ihren sozialräumlichen Erfahrungen, in ihren Erholungsmöglichkeiten und häufig auch in ihren sozialen Kontakten zu Gleichaltrigen eingeschränkt. Hier kommt selbstredend auch der Schule eine wichtige Rolle zu und teilweise gibt es bereits Konzepte (z.B.: Modellprojekte in Berlin, die Schule als Lebenswelt der Kinder begreifen und die Sozialwelt der Kinder in den schulischen Ablauf mit einbeziehen), mit denen Schulen neben ihrem Bildungsauftrag auch sozialpädagogische Aufgaben wahrnehmen könnten. Aber Schule ist per se keine „sozialpädagogische Veranstaltung“ und so wird dies nur in einer engen Kooperation zwischen Schule und Sozialer Arbeit zu leisten sein, d.h. dass Soziale Arbeit wesentlich stärker als bisher in der Schule verortet werden müsste, vor allem in Ganztagschulen.

Eine weitere mögliche Verortung solcher Angebote für Kinder sehe ich in den Stadtteilen, wobei diese – entsprechend der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis, dass wir es mit einer sozialstrukturellen und räumlichen Entgrenzung von Armut zu tun haben – eben nicht nur auf ausgeprägt sozial benachteiligte Stadtteile beschränkt bleiben dürfen. Um die Kinder, die von diesen neuen Armutsformen betroffen sind zu erreichen, braucht es ein breitgestreutes Angebot. Man wird sagen, dass dies nicht finanzierbar sei und meine Antwort darauf ist: Wenn es nicht gelingt, Armut als solche mit politischen und gesellschaftlichen Konzepten zu vermeiden, wird die sozialpädagogische „Bearbeitung“ der Folgen erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern, abgesehen von den individuellen „Kosten“, die sie den betroffenen Kindern und ihren Familien abverlangt.

Selbst wenn entsprechende Projekte unter dem Label von „Armutsprävention“ initiiert werden, kann Soziale Arbeit die Armutslage als solche durch die Arbeit

mit den Kindern nicht beseitigen. Auch wenn es ihr gelingt, die Eltern einzubeziehen, kann sie nur begrenzt Unterstützung anbieten, die zu einem Ausstieg aus der Armutslage führen wird.

HP: Kennen Sie eine solche Praxis? Haben Sie konkrete Beispiele dafür?

MZ: Ja, es gibt mittlerweile eine Reihe von Praxisprojekten, die sich die Bearbeitung der Armutsfolgen für die davon betroffenen Kinder zur Aufgabe gemacht haben. Ich könnte einige nennen, möchte aber lieber exemplarisch auf zwei Modellprojekte in Saarbrücken eingehen, die ich über einen Zeitraum von drei Jahren fachlich begleitet habe und deren Arbeitsweise und Erfahrungen mir aus eigener Anschauung vertraut sind. Allerdings handelt es sich dabei um Projekte, die in zwei Stadtteilen angesiedelt sind – Malstatt und Altsaarbrücken –, die als traditionell benachteiligte Stadtteile gelten. Anders verortete Projekte werden derzeit wohl immer noch wenig Chancen haben, finanziert zu werden. Diesbezüglich gilt es politische Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die Initiator/-innen der beiden Projekte waren zuvor schon seit längerem mit einer gemeinwesenorientierten Arbeitsweise in den jeweiligen Stadtteilen engagiert. Die damit gegebene lokale Verankerung bildete die spezifische Ausgangslage, die es beiden Projekten ermöglichte, eine Fokussierung auf eine jeweils begrenzte Zielgruppe von Kindern vorzunehmen. So arbeitet das Projekt in Altsaarbrücken speziell mit Kindern in der Übergangsphase von der Grundschule in weiterführende Schulen (mit 9- bis 12-Jährigen), da solche Übergänge bekanntlich eine besondere Herausforderung und Weichenstellung beinhalten. Das Projekt in Malstatt führt ein intensives Förderprogramm mit einer zahlenmäßig begrenzten Gruppe von Grundschulkindern und deren Eltern durch. Dabei können beide Projekte an bereits laufende Aktivitäten ihrer Träger (des Stadtteilbüros Malstatt: Gemeinwesenprojekt in Trägerschaft des Diakonischen Werks an der Saar sowie des Stadtteilbüros Altsaarbrücken, Gemeinwesenprojekt in Trägerschaft der Paritätischen Gesellschaft für Gemeinwesenarbeit e.V.) anknüpfen.

Beide Projekte gehen von einem multidimensionalen Armutsverständnis aus und betrachten Armut als eine Lebenslage, die vielfältige – einschränkende und benachteiligende – Auswirkungen bei den betroffenen Kindern und Familien haben kann. Diese Sichtweise wird jedoch gekoppelt mit einem ressourcen- und resilienzorientierten Ansatz, der den Blick auf die Potentiale und Fähigkeiten der Kinder hin öffnet und auf außerfamiliär gegebene Fördermöglichkeiten lenkt. Aufgrund ihrer sozialräumlichen Verortung haben es die beiden Projekte vorwiegend mit Erscheinungsformen von sogenannter „alter Armut“ zu tun, bei der es vor allem auch darum geht, den „Teufelskreis der Armut“ und von sozialer Benachteiligung zu durchbrechen. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, das Hauptaugenmerk auf die Bildungschancen der Kinder (im weitesten Sinne) zu legen und ganzheitlich ihre Widerstandsfähigkeit zu fördern, d.h. ihre Fähigkeit sich „trotz widriger Umstände“ altersgemäß zu entwickeln und sich in ihrem alltäglichen Kinderleben wohl zu fühlen.

Entsprechend dem Grundkonzept von Resilienzförderung, das davon ausgeht, dass es Resilienz auf drei Ebenen zu fördern gilt – was im Übrigen auch allgemeinen Grundsätzen in der Sozialpädagogik entspricht –, sind die Projekte mit ihren Aktivitäten jeweils auf diesen unterschiedlichen Ebenen angesiedelt:

Erstens: die direkte sozialpädagogische Arbeit mit den Kindern, um ihre Handlungs- und Entwicklungsspielräume zu erweitern und ihre Resilienzfähigkeit zu unterstützen.

Zweitens: die explizite Einbeziehung der Eltern und Familien der Kinder, insbesondere um deren Erziehungs- und Beziehungsfähigkeit (z.B.: durch Elternkurse) zu fördern.

Drittens: eine stadtteilbezogene Vernetzungsarbeit, die sich an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder im Stadtteil orientiert.

Konzeptionell geht es also um die Förderung von unterschiedlichen Resilienzbereichen wie: die Förderung von Bildungsmöglichkeiten (sowohl schulischer wie auch informeller Bildungsmöglichkeiten), von Gleichaltrigenbeziehungen (Spielkameradschaften und Freundschaften), von Interessen und Neigungen (und damit auch des Selbstwertgefühls), generell von sozialen Kompetenzen, auch um die Vermittlung von Werten und um ein Angebot von sicherer Bindung für diejenigen Kinder, die in dieser Hinsicht einen Mangel erfahren, auch wenn dies nur in begrenztem Maße in dem gegebenen Setting möglich sein dürfte. Wichtig ist, dass ein „optimales Ergebnis“ nur erzielt werden kann, wenn eine Förderung der Kinder auf allen drei Ebenen angestrebt wird, d.h. wenn neben der Einzelfallarbeit auch die Verknüpfung mit einer Förderung auf den anderen Ebenen möglich ist.

HP: Individuen haben Möglichkeiten, mit schwierigen Lebenslagen und Krisen umzugehen. Hierfür steht der sozialwissenschaftliche Begriff der Resilienz, wie Sie ihn soeben eingeführt haben. Ihre neueste Publikation, die im Herbst erscheinen soll, bezieht sich auf diese Widerstandsfähigkeit bzw. Fähigkeit der Krisenbewältigung. Können Sie einige zentrale Ergebnisse benennen?

MZ: Das Resilienzthema ist nicht neu und wird z.B. in den USA schon seit annähernd 30 Jahren beforscht und diskutiert. In diesem Kontext sind dort auch mehrere Längsschnittstudien durchgeführt worden, auf deren Ergebnisse, die heutigen Erkenntnisse dieses Forschungszweiges beruhen. Auch in der Bundesrepublik gibt es Forschungsvorhaben, die sich mit der Frage von „Resilienz“ bezogen auf unterschiedliche Risikogruppen von Kindern und Jugendlichen befassen. Eine allgemeine und immer wiederholte Erkenntnis ist dabei, dass Aufwachsen in Armut ein zentrales Risiko für die kindliche Entwicklung – und ich würde hinzufügen für das kindliche Wohlbefinden – darstellen kann. Aber trotz dieser Erkenntnis ist die Frage, inwieweit Resilienzförderung spezifisch auch in sozialpädagogische Projekte zur Unterstützung von kindlicher Armutsbewältigung einbezogen werden kann, bisher nicht ernsthaft aufgegriffen worden.

Dieses Anliegen verfolge ich mit meiner aktuellen Forschungsarbeit und der von Ihnen angesprochenen Publikation, die zunächst das Ziel verfolgt, die empirischen Ergebnisse aus der (eigenen) Kinderarmutsforschung mit den theoretischen Erkenntnissen und entsprechenden Prämissen des Resilienzdiskurses zu verbinden, um daraus Schlussfolgerungen für die praktische sozialpädagogische Arbeit mit Kindern, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, abzuleiten. Die wichtigste Prämisse stellt dabei die Erkenntnis dar, dass die Widerstandsfähigkeit von Kindern keine angeborene Eigenschaft ist, sondern dass sie als ein prozesshaftes Geschehen zu begreifen ist, das durch unterschiedli-

che Faktoren gefördert werden kann. An diesem Prozess ist in erster Linie das Kind selbst beteiligt, in seinen Interaktionen mit seinem näheren und weiteren sozialen Umfeld, das seine Bewältigungsfähigkeit sowohl fördern als auch behindern kann. Mit anderen Worten: dieses nähere und weitere soziale Umfeld können sich für das Kind im Bewältigungsprozess eines Risikos – in unserem Fall der Auswirkungen von Armut – als Risiko- oder Schutzfaktoren erweisen. Hier sehe ich einen eindeutigen Bezug zu den Möglichkeiten von Sozialer Arbeit wie ich sie schon am Beispiel der beiden Modellprojekte unterstrichen habe.

HP: In einer Publikation (Stefanie Ernst (Hrsg.): Auf der Klaviatur der Sozialen Wirklichkeit, 2004, Münster, S. 133) schlagen Sie die analytische „Trennung von objektiv strukturellen und subjektiv lebensweltlich bedingten Aspekten von Armut“ vor. Ist – so gesehen – Soziale Arbeit für die lebensweltlichen Aspekte zuständig und Politik für die strukturellen Aspekte?

MZ: Im Prinzip ja, wobei die Verantwortung von Politik auf unterschiedlichen Ebenen zu sehen ist. Die Zuständigkeit für objektiv strukturelle Rahmenbedingungen liegt in erster Linie bei der Politik auf Bundesebene, die Kinder- und Familienarmut mit sozialpolitischen Konzepten zu verhindern hätte. Auf kommunaler Ebene kann Sozialpolitik lediglich durch infrastrukturelle Maßnahmen zur besseren Bewältigung von Armutsfolgen einen Beitrag leisten. Soziale Arbeit ist letztlich in sozialpolitische Konzepte eingebunden. Sie operiert auf der Ebene von Lebenswelt und definiert sicherlich auch durch ihr Selbstverständnis ihre Rolle im Kontext von Armutsbewältigung. Aber letztlich braucht sie einen politischen Auftrag und ist auf die öffentliche Finanzierung ihrer Konzepte zur Armutsbewältigung angewiesen.

HP: Ich sehe das Problem, dass die sozialpädagogische Profession „benutzt“ oder besser: politisch in den Dienst genommen wird. Das ist ein altes Problem und nichts Neues. Hier werden Armutsfolgen u.a. durch die Stärkung der Individuen gemildert. Was müsste Ihrer Auffassung nach die Profession tun, um auf politischer Ebene aktiv zu werden, damit die Entstehung von Armut besser verhindert werden kann? Ich habe das Gefühl, die Profession kümmert die politische Lage wenig.

MZ: Das Problem der Indienstnahme der Sozialen Arbeit durch die Politik sehe ich auch und stimme zu, dass dies weder neu, noch auf die Armutsproblematik begrenzt ist. Einher geht dies mit einer individualisierten Zuschreibung von Verursachung und Zuweisung von Armutsbewältigung; beides erweist sich für die Politik als effektive Strategie, um gesellschaftliche Probleme in der öffentlichen Wahrnehmung zu individualisieren und die politische Verantwortung abzuschieben.

Was die Profession und auch die Disziplin der Sozialen Arbeit betrifft, so kann man sicherlich nicht generell sagen, dass sie politisch abstinent seien. So hat die Profession – u.a. repräsentiert durch die Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren die Armutsproblematik auf den verschiedenen Ebenen von Politik – von der kommunalen bis zur europäischen – wiederholt auf die politische Agenda gesetzt. Ich erwähne nur einige Beispiele: Die Wohlfahrtsverbände waren an der Gründung der Nationalen Armutskonferenz beteiligt, in der sie mit Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften usw. zusammenarbeiten und politischen Einfluss zu nehmen versuchen. Sie haben die Armuts-

berichterstattung Ende der 1980er/Beginn der 1990er Jahre mit initiiert und waren auch in die regierungsamtliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung eingebunden. Ebenso haben sie sich an der von der Europäischen Union angeordneten Erstellung von Nationalen Aktionsplänen gegen Armut und soziale Ausgrenzung beteiligt.

Was mir aber zu fehlen scheint, ist eine wirkungsvolle Fokussierung der politischen Aktivitäten auf die Armutsproblematik und eine größere Konfliktbereitschaft gegenüber der Politik. Mir fehlt auch die Entfaltung von phantasievolleren Aktionen, die tatsächlich dazu beitragen könnten, Armut öffentlich „sichtbar“ zu machen. So habe ich neulich einen Bericht über die norwegische aktuelle „Armenhaus-Bewegung“ gehört, der es offensichtlich mit kreativen und eindrucksvollen Aktionen zu gelingen scheint, die unterschiedlichen Dimensionen von erlebter Armut ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und so das politische Klima zu beeinflussen.

HP: Welche Rolle sollten hier Berufsorganisationen spielen? Anders gefragt: Wo ist die Grenze von Pädagogik zu markieren?

MZ: Sicherlich nimmt Soziale Arbeit im Praxisvollzug die Grenzen (sozial-)pädagogischen Handelns – gerade im Armutskontext – täglich wahr und ist sich ihrer mehr oder weniger bewusst. Grundsätzlich wird diese Problematik wohl auch in den Berufsverbänden diskutiert, jedenfalls wird auf der Ebene offizieller Verlautbarungen (siehe: Selbstdarstellung des DBSH) die Notwendigkeit betont, die „Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Arbeit öffentlich zu benennen“, um so zu einer Klärung von Verantwortlichkeiten zwischen Profession und Politik beizutragen. Tatsächlich sehe ich aber auch das Problem, dass Soziale Arbeit im Alltagsgeschäft – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Ökonomisierungsprozessen und entsprechendem Legitimationsdruck – sich eher scheuen dürfte, diese Grenzen in politischen Aushandlungsprozessen, in denen es um den Zuschnitt ihrer Zuständigkeiten geht, deutlich zu kennzeichnen. Aber ich gehe davon aus, dass es diesbezüglich – angesichts von zunehmender Brisanz der Armutsproblematik – innerhalb der Sozialen Arbeit zu Klärungsprozessen kommen wird, in denen sie sich professionell und politisch eindeutig verorten muss. Abschließend vielleicht nur ein Indiz, das in diese Richtung weist: Im März d.J. hat der deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) zusammen mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) und dem Zentrum für Praxisentwicklung (ZEPR) ein Werkstattgespräch mit dem Thema „Wege aus der Armut – Beiträge der Sozialen Arbeit“ ausgerichtet. Diese Veranstaltung fand im Rahmen des weltweiten „Tag der Sozialen Arbeit“ (Global Social Work Day) statt und in der Europäischen Region hat man sich immerhin dazu entschieden, für diesen Tag die Armutsproblematik in den Fokus zu stellen.

HP: Im Namen der Redaktion danke ich Ihnen für dieses Gespräch.

Prof. Dr. rer. pol. Margherita Zander, Fachhochschule Münster – University of applied Sciences, Fachbereich Sozialwesen, Hüfferstr. 27, 48149 Münster, m.zander@fh-muenster.de